

Demokratisierung der Arbeit oder Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Überlegungen zu politischen Alternativen angesichts multipler Krisenentwicklungen

1. Einleitung

Günter Grass hat in einer seiner letzten Äußerungen vor seinem Tode davon gesprochen, dass unsere Welt wieder einmal „aus den Fugen gerate“, und aktuelle Einschätzungen wissenschaftlicher Beobachter – sei es in Bezug auf längerfristige ökonomische Trends (Zinn 2015), ökologische Krisenentwicklungen (v. Weizsäcker u. a. 2009, Randers 2012), die Europakrise (Habermas 2014), oder allgemeiner die Krise der Politik (Martens 2016a) stützen dieses Urteil. Der herrschende Politikbetrieb bleibt zwar nach wie vor in den Vorstellungen eines „Weiter-so“ im Rahmen von seit langem hegemonial gewordenen neoliberalen Denk- und Handlungsmuster befangen, wie sie insbesondere Frank Schirrmacher (2013) eindrucksvoll herausgearbeitet hat. Doch mehr denn je erscheint die Politik als von krisenhaft werdenden systemischen Prozessen getrieben, und mit der „Flüchtlingskrise“ – deren Ursachen weit zurückreichen und deren Zuspitzung deshalb hätte absehbar sein sollen – sind neue akute Krisenentwicklungen für die EU heraufgezogen, die nunmehr auch in Deutschland angekommen sind, das bislang noch als das ruhige „Auge im Sturm“ einer unbewältigten Krise der EU gelten mochte. Die schwierige Frage nach Entwicklungsoptionen und –perspektiven wird in solcher Lage drängender.

Eine Lagebeschreibung, wie sie Karl Georg Zinn (2015, 107f) im Kontext seiner jüngsten Untersuchung mittelfristiger ökonomischer Entwicklungsperspektiven gibt, erscheint weithin unstrittig, auch wenn Schlussfolgerungen daraus je nach wissenschaftlichen und politischen Standorten auseinanderfallen werden. Zinn spricht von einer „Politik des Übergangs“, die als Suchprozess verlaufe und in deren Verlauf nationale Besonderheiten größeres Gewicht erlangen dürften, weil die „überregionalen Regulierungsversuche als kontraproduktiv wahrgenommen und für die semichaotischen Auswirkungen des Neoliberalismus verantwortlich gemacht“ würden:

„Zunehmender Popularitätsverlust überalterter Parteien, Parteien-Neugründungen, hohe Wahleuthaltung, Auf- und Abschwellen von Protestbewegungen, Rückkehr zu nationalistischer Abgrenzung, Absenkung moralischer Standards (Solidaritätserosion, sinkende Toleranzschwellen, Fremdenfeindlichkeit etc.) und das generell ansteigende kollektive Unbehagen sind Reaktionen auf die Unfähigkeit der Regierungen die alten sozialökonomischen Probleme und die neu hinzukommenden zu lösen, oder wenigstens deren Lösung glaubwürdig in Aussicht zu stellen. Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Generation, zunehmende Ungleichverteilung, Verlust an sozialer Sicherheit, Migrationsbewegungen, Verschleudern öffentlichen Vermögens durch Privatisierung, korruptionsverdächtige ‚Führungskräfte‘, weiße und schwarze Kragenkriminalität, Terrorismus usw.

knäulen sich zu einer dunklen Problemwolke, von der sich wachsende Teile der Gesellschaft bedroht fühlen.“

Zinn hat in solcher Lage eine ökonomische Analyse vorgelegt, mit der er zeigen kann, dass der industrielle Kapitalismus heute, also gut zweihundert Jahre nachdem er die Entwicklung von Moderne und Neuzeit entscheidend zu prägen begonnen hat, an das Ende seiner bislang ungebrochenen Wachstumsdynamik gelangt. Er spricht davon, dass wir uns ökonomisch mittlerweile auf dem Weg in einen Neofeudalen Kapitalismus befinden. Diese Prognose impliziert weder eine Zusammenbruchstheorie (a. a. O. 86) noch bedeutet sie einen „Rückfall in eine stationäre Wirtschaft“, denn Ersatzinvestitionen in den mittlerweile aufgebauten industriellen Kapitalstock bleiben selbstverständlich erforderlich und werden weitere Innovationen mit sich bringen (a. a. O. 94). Allerdings stellt sich die Frage nach Verwendung des Mehrprodukts neu, und es ergeben sich veränderte Legitimationsprobleme. Zinn hält sie für lösbar und seine im Kern ökonomische Argumentation läuft auf eine idealtypische Gegenüberstellung von zwei Versionen eines neofeudalen Kapitalismus hinaus: zum einen auf „sozialstaatliche Versionen“ und zum anderen auf „oligarchische kapitalstaatliche Versionen“ (a. a. O. 109). Erstere mögen vielleicht als „Modernisierungen“ des Skandinavischen oder des Rheinisch-alpinen Kapitalismusmodells – die eventuell auch als Entwicklungen, die aus dem chinesischen Kapitalismus-Modell heraus entstehen könnten – zu verstehen sein, letztere als „Modernisierungen“ des angelsächsischen neokapitalistischen Modells.

Zinns Überlegungen korrespondieren mit neueren soziologischen Analysen. Sieghard Neckel (2010 und 2013) spricht so im Anschluss an Jürgen Habermas (1962) von Refeudalisierung in dem Sinne, dass aufgrund innerer Widersprüche der gegenwärtigen Entwicklung die sozialrevolutionären Errungenschaften in der Folge der großen bürgerlichen Revolutionen „jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben“. Er diagnostiziert ein entsprechendes Umschlagen anhand (1) einer Refeudalisierung der Werte (bei der Begründung hoher Gehälter von Leistung hin zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung), (2) der Wirtschaftsorganisationen (durch die Etablierung einer ständisch privilegierten Managerklasse, die für den Shareholder Value die notwendigen Dienste erbringt), (3) einer Refeudalisierung der Sozialstruktur (durch die Wiederkehr der Dichotomien angesichts einer Zementierung der Abstände zwischen entrückten Eliten und neuer Prekarität) sowie (4) einer Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates (in der öffentliche Wohlfahrt als Stiftung und Spende reprivatisiert werde) (Neckel 2013).

Ich selbst habe im Anschluss an diese Analysen vorgeschlagen, die politische Dimension solcher Refeudalisierungsprozesse genauer auszuleuchten. Meine These geht dahin, dass solche Prozesse zu beobachten sind und dass sich darüber weiter verschärfende Impulse für die in den Politikwissenschaften diskutierte Krise der Politik im Zeichen postdemokratischer Entwicklungen aufzeigen lassen (Martens 2016a). „Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie“ nehmen Tendenzen zur Oligarchisierung politischer Herrschaft in den parlamentarischen Demokratien des

Westens zu – und das Umschlagen in präsidialdiktatorische Regime, von dem im Blick auf die USA schon Norbert Elias (1985, 107) als abstrakter Möglichkeit gesprochen hat, zeichnet sich am, Horizont der Möglichkeiten mittlerweile als eine denkbare Variante ab.

Aus meiner Sicht lässt sich angesichts solcher Analysen im Blick auf die multiplen Krisenentwicklungen der Zeit, die sich zu einer wachsenden „dunklen Problemwolke“ verdichten mehr Klarheit – bei der Diagnose wie auch im Hinblick auf Optionen für politische Eingriffe – nur über interdisziplinäre Zugriffe erreichen, bei denen zudem die philosophischen Hintergrundüberlegungen offenzulegen wären. Das ist höchst anspruchsvoll (vgl. Martens 2016), und ein Aufsatz spannt dafür einen viel zu schmalen Rahmen auf. Ich fokussiere meine Überlegungen an dieser Stelle deshalb auf die Sphären von Arbeit und Wirtschaft. Damit orientiere ich auf den möglichen Beitrag einer „neuen Politik der Arbeit“ für die Bewältigung der heutigen Herausforderungen. Der kann sicherlich herausragend bedeutsam sein; aber es ist doch zweifelhaft, dass man hier, oder anderswo, *den* zentralen Hebelpunkt emanzipatorischer Entwicklungen finden kann. Eher ist ein Prozess der Befreiung wohl als die Initiierung und zunehmend wirkungsvollere Verknüpfung unterschiedlichster politischer und arbeitspolitischer Prozesse zu denken. Bei den beiden neueren theoretischen Untersuchungen, auf die ich näher eingehen will, ist es allerdings so, dass sie von solcher Zentralität ausgehen. Dabei sind sie auf den ersten Blick höchst unterschiedlich, weisen aber näher betrachtet doch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf. Das gilt für einige der sie leitenden philosophischen Hintergrundüberlegungen, wie auch im Hinblick auf das Ausklammern oder „Überspringen“ der Frage danach, wie ein politischer Prozess der tiefgreifenden Veränderung einer beunruhigenden Wirklichkeit in der Sphäre der Erwerbsarbeit gedacht werden könnte.

2. Eine subjektphilosophische Zuspitzung des Epochenbruchs als philosophischer Hintergrund für die Suche nach Ansatzpunkten für eine Demokratisierung der Arbeit

Gerd Peter und Arno Georg (2016a) haben eine Untersuchung vorgelegt¹, in der es um die Welt der Arbeit in Zeiten eines Epochenbruchs, eines „Übergangs hin zu neuen, noch umkämpften Grundorientierungen und Regelungen gesellschaftlicher Reproduktion“ geht (a., a. O, 9). Ihre theoretischen und philosophischen Überlegungen stehen in der Tradition empirischer Arbeitsforschung, wie sie sich seit den 1970er Jahren in Deutschland entwickelt hat und von Gerd Peter insbesondere in seiner Zeit als geschäftsführender Direktor der Sozialforschungsstelle Dortmund stetig weiter zu entwickeln versucht worden ist. Arno Georg steuert die systematische Erweiterung

¹ Ihr Buch „SelbstWertGefühl“ ist einem interdisziplinären arbeitswissenschaftlichen Ansatz verpflichtet, den die Autoren gemeinsam mit einer größeren Projektgruppe über ihre Arbeit an einem vom BMAS im Rahmen der Initiative neue Qualität der Arbeit (INQA) geförderten Forschungsprojekt (www.das-change-projekt.de) entwickelt haben. Auch die Buchveröffentlichung ist unter Mitautorenschaft der Forschungsgruppe geschrieben worden.

des Blicks auf den Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit bei. Auf die Mitarbeit weiterer Mitglieder einer größeren Forschungsgruppe wird verwiesen.² Das Buch kann als eindrucksvolles Ergebnis mehrjähriger Bemühung darum verstanden werden, angesichts des in anderen Zusammenhängen geschärften Blicks auf den Befund des Epochenbruchs (Scholz u.a. 2006) auf der Höhe der Zeit so etwas wie eine Theorie mittlerer Reichweite für einen neu und besser fundierten Ansatz anwendungs- und gestaltungsorientierter Arbeitsforschung vorzulegen, der als Grundlage einer „neuen Humanisierungslogik“ dienen soll.³ Die Tragfähigkeit des Konzepts wird derzeit folgerichtig im Rahmen eigener empirischer Forschung erprobt.⁴

Man könnte vor diesem Hintergrund vielleicht vermuten, dass die Orientierung auf Arbeit – „nicht lediglich als zweckrationales instrumentelles Handeln“, sondern zugleich im Blick auf „einen darüber hinausgehenden Wert für die Lebensform der arbeitenden Menschen“ (Georg/Peter 2016,33) – ein gutes Stück weit pragmatisch begründet ist: Es ginge mithin darum, eine an die in langjähriger wissenschaftlicher Forschung erarbeitete eigene Professionalität neu, und besser fundiert, anzuknüpfen. Darum geht es sicherlich auch. Doch dies allein würde deutlich zu kurz greifen. Arbeit wird von den Autoren in kritischer Auseinandersetzung mit der Trennung von Arbeit und Interaktion bei Jürgen Habermas (1968), die ihrerseits an die Arendtsche Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln anknüpft (Arendt 1967), als nicht nur instrumentelle sondern kooperative Tätigkeit verstanden. Sie ist dies, weil sie im „Prozess der gesellschaftlichen Arbeitsteilung“ in eins die „Befreiung des Menschen aus dem Naturzustand“ und zugleich „das Bewusstsein eines Rechts auf Anerkennung“ hervorbringt (Peter/Wolf 2008, 122 und 124). Und in diesem Sinne konstituiert Arbeit den Weltbezug des Menschen⁵, und „Arbeit ist Reproduktion, ohne Arbeit deshalb kein Leben und keine Gesellschaft. Die Positionen im arbeitsteiligen

² Ich selbst war, nach Beendigung meiner Mitarbeit an der Sozialforschungsstelle, zwischen 1011 und 2014 noch formell, faktisch aber in passiver Rolle Mitglied der Forschungsgruppe und bin dann in ein laufendes empirisches Projekt, für das der theoretische Ansatz, um den es im Folgenden geht, orientierend ist, wieder aktiv eingestiegen. An der Ausarbeitung des theoretischen Konzepts war ich nicht beteiligt und in meiner eigenen Arbeit der letzten Jahre (vgl. Martens 2016) habe ich andere Akzente gesetzt.

³ In einem Aufsatz, der die Argumentationslinien des Buches bündig zusammenfasst (Georg/Peter 2016b) heißt es im Untertitel: „Wie man bei einer neuen Humanisierungslogik ansetzen sollte“.

⁴ Zum Abschlussbericht der Konzeptionsphase des Forschungsprojekts siehe: Autorengruppe Fb 04 der sfs (o.- J.). Die Hauptstudie wird derzeit abgeschlossen.

⁵ In dem Buch „Welt ist Arbeit“ (Peter/Wolf 2008) haben Gerd und Andreas Peter ihr Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit und Anerkennung ausführlich dargelegt. In ihrer Argumentation, die an Axel Honneths Habermaskritik anknüpft (Peter/Peter 2008, 117-121), ist der Rückbezug auf Hegel (a. a. O. 121-124) und insbesondere auf dessen Dialektik von Herr und Knecht (a. a. O. 124) entscheidend: „Das wesentliche Moment der Arbeit ist jedoch nicht das Agieren mit den objektiven Dingen, sondern das Ich handelt zusammen mit meinesgleichen. In dieser wechselseitigen Anerkennung gewinnt das arbeitende Ich seine Freiheit, auf deren Grundlage verlangt dann auch der Knecht die Anerkennung seiner Arbeit durch den Herrn“.

Prozess gesellschaftlicher Reproduktion sind und bleiben zentral für Menschenwürde, Bürgerrechte und gesellschaftliche Teilhabe“; so formulieren sie bereits 2007 in ihren methodisch konzeptionellen Überlegungen zu einer neuen Arbeits- und Gesundheitsforschung (Georg/Peter 2007, 317). Der kritische Blick auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen (Peter 2009) hat hier seine Grundlage. Allerdings muss der Blick auf „das Ganze der Arbeit“ (Biesecker 2000) gerichtet werden, denn die Erwerbsarbeit umfasst nur einen begrenzten Ausschnitt der gesellschaftlichen Reproduktionstätigkeiten – und diese Fokussierung in der herrschenden gesellschaftlichen Sicht „führt zu vielfachen Verwerfungen und Krisen, die nur“ – so Georg/Peter unter Verweis auf Peter/Wolf 2008 – „über Gesellschaftsreformen, welcher Art auch immer, zu lösen sind“ (Georg Peter 2016,37).

Dieser Satz signalisiert eine - angesichts der arbeitsforscherischen Stoßrichtung der Argumentation wohl unumgängliche – Selbstbegrenzung; denn solche Gesellschaftsreformen sind nicht mehr das Thema der Untersuchung. Ihr Fokus liegt vielmehr auf der Erwerbsarbeit entlang der Frage, wie in unseren Zeiten epochaler Umbrüche mit fortwährenden Restrukturierungen industrieller Arbeits- und zunehmend industrialisierter Dienstleistungsprozesse, also im Konfliktfeld von Arbeit und Wirtschaft, psychosoziale Belastungsprozesse als mittlerweile charakteristische „Pathologien neuer Arbeit“ (Jaeggi/Kübler 2014) in Changemanagement-Prozessen gestaltet und angemessen bewältigt werden können. Das andererseits bedeutet nicht, dass die Autoren ihre Orientierung auf einen umfassenden arbeits- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch „tiefer hängen“ würden. Denn wenn Welt Arbeit ist und die Sphäre der Erwerbsarbeit unter gegebenen Verhältnissen die maßgebliche Sphäre für die Erringung gesellschaftlicher Anerkennung, dann bewegt man sich hier an einem sehr entscheidenden gesellschaftlichen Ort für Impulse eines „notwendig anstehenden Transformationsprozesses zum Verhältnis von Arbeit und Wirtschaft“, wie es im Fazit der Untersuchung heißt.⁶ Das „Konfliktfeld Arbeit und Wirtschaft“ (a. a. O. 32-51) rückt also auch mit der Behauptung einer gesellschaftspolitischen Zentralität ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Hier lautet die Hypothese, dass, in den Worten Manuel Castels (2011), mit dem Epochenbruch „das neue Regime des postindustriellen Kapitalismus“ (a. a. O. 49) mit seiner Entbettung des Marktes „die Bedeutung der Arbeit vielleicht (...) relativieren (lasse), die des Marktes nicht. Seine Herrschaft wird im Gegenteil umso stärker, je mehr sich die Regulationen der Arbeitsverhältnisse lockern“ (ebd.). Offen freigesetzt werde hierdurch „der grundlegende Konflikt zweier unterschiedlicher praktischer Rationalitäten, die einmal durch den ökonomischen Wert und zum anderen durch den der Kooperation bestimmt sind“ (Georg/Peter 2016a, 14). Praktische Rationalität wird dabei verstanden als menschliche Fähigkeit, „Handeln durch Gründe in der Wei-

⁶ Peter (2012, 114) spricht in diesem Zusammenhang von „primärer Arbeitspolitik“, getragen von einem Arbeitsvermögen, das „überschießend über die aktuell verwertete Arbeitskraft hinaus existiert und wirkt“ und das „die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen hervorbringen kann, sofern es dazu angeregt („aktuiert“) und politisch daraufhin ausgerichtet wird.“

se zu organisieren, dass Menschen ihren Handlungen im Rahmen einer Struktur solcher Gründe Wert beimessen können“ (a. a. O. 32). Die beiden unterschiedlichen Wertformen werden so als Praxisformen gefasst. Dabei folgt ökonomisches Handeln „eher einer Form punktuell-strategischer Optimierung (...), in der Tendenz zur Maximierung des zu erwartenden Nutzens aus der Sicht des Wirtschaftsunternehmens.“ Der kooperative Typ der Rationalität unterscheidet sich hier in zweierlei Hinsicht: zum einen ist er durch „einen überindividuellen, sich zwischen Einzelentscheidungen vermittelnden Zusammenhang bestimmt“. Zum anderen ergibt sich „der Wert der einzelnen Arbeitshandlung (...) aus dem in Arbeitssituationen verlaufenden Prozess der Arbeit als produktiver Kooperation zwischen den arbeitenden Menschen“ (a. a. O. 34). Der Kampf um die Anerkennung der Autorität der Arbeit, bzw., die Logik ihres kooperativen Charakters, durchzieht dann die in vielen Facetten entfaltete Argumentation. Vor dem Hintergrund der Subjektivierung und teilweisen Entgrenzung von Arbeit⁷ geht es zunächst um „das erschöpfte Selbst“ (a. a. O. 52-74). Es wird gezeigt, wie Belastung und Beanspruchung, Prävention und Salutogenese in der Arbeits- und Gesundheitsforschung zu umkämpften Begriffen werden, wo es darum geht, so etwas wie eine Normalität von Erwerbsarbeit zu definieren. Das Misslingen der Bewältigung beider grundlegenden praktischen Rationalitäten durch die Arbeitenden angesichts der Entbettung der Märkte führt zu psychischen Erkrankungen und zum Burn-out.

Wie Georg/Peter zeigen, wird die Stärkung der praktischen Rationalität der Kooperation, oder der lebendigen Arbeit so zur „zentralen Herausforderung der Zukunft“ (a. a. O. 15) – letztlich auch im Interesse einer nachhaltigen Sicherung ökonomischer Rationalität. In den permanenten Umstrukturierungsprozessen von Produktions- und Dienstleistungsarbeit bleibt auch unter den Bedingungen fortschreitender Digitalisierung von Arbeit das Erfahrungswissen der Betroffenen unverzichtbar, und das Gelingen solcher Umstrukturierungen setzt eine, freilich auch immer nur relative „Autonomie der Arbeitenden zum Selber tun“ voraus (ebd.).⁸

Autonomie als zu Beginn der Aufklärung oppositioneller Begriff gegen bestehende Herrschaftsstrukturen (Meyer-Drawe 2006, 107) verweist hier auf das subjektphilosophische Fundament der Argumentation. Gegen eine rein ökonomische Betrachtung

⁷ Deren zeitliche wie räumliche Entgrenzung kann im Sinne von Grenzverschiebungen immer nur teilweise durch eine entbettete Marktrationalität erzwungen werden, weil Menschen immer auch anderen Formen von (notwendiger) Arbeit nachgehen und um die Aufrechterhaltung einer Balance zwischen Erwerbsarbeit und erwerbsarbeitsfreier Zeit ringen müssen.

⁸ Autonomie, so Argumentieren Georg/Peter (a. a. O. 113) unter Bezugnahme auf Meyer-Drawe (2006) bleibe „als Chiffre für eine humane Gesellschaft‘ unverzichtbar, weil sie gegen jede Form von Zwang und Selbstbestimmung protestiert. Allerdings – und darin liegt die Gefahr der Selbsttäuschung angesichts der Möglichkeit einer autonomen Lebensführung – ist eine vollständige Beseitigung von Heteronomie aussichtslos. Autonomie kann nicht vollkommen verwirklicht werden.“

tungsweise von Arbeit, neoklassisch oder marxistisch⁹ (Gerorg/Peter, 2106, 39) und gegen die deutsche soziologische Mainstream-Interpretation von Subjektivierung als Selbstunterwerfung (a. a. O. 46 und 79) wird hier die Philosophische Anthropologie - Hinweise auf Plessner (a. a. O. 49 und 97ff.) – wichtig. Subjektivierung wird von daher, anknüpfend an Ralph Siehler (2005 und 2006), und Michael Frey (2009) (a. a. O.112ff) als Chance zu „Selbstbestimmung oder Selbstgesetzgebung“, damit aber auch „Selbstbegrenzung“ verstanden. Gerd Peter hat an anderer Stelle dargelegt, dass er in einer primären Arbeitspolitik, getragen von den über die praktische Rationalität der Kooperation getragenen Arbeitsvermögen, die Grundlage nicht nur einer Demokratisierung von Arbeit, sondern auch der Demokratisierung von Wirtschaft sieht, im Sinne eines Prozesses, „der aus der gesellschaftlichen Arbeit selbst entspringt, heute wohlgerneht der ganzen Arbeit, und der von daher, von seiner Reproduktionsfunktion, seine Kompetenz und Autorität empfängt“ (Peter 2012, 115).

Im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes können die konzeptionelle Ausdifferenzierung der weiteren Argumentation sowie ihre Begründung im Licht vorliegender Empirie nicht im Detail nachgezeichnet werden. Noch weniger ist es möglich, die von den Autoren dargelegte Notwendigkeit einer interdisziplinären Arbeitsforschung in einzelnen zu erörtern. Es ist aber hervorzuheben: die theoretischen Anstrengungen der Autoren, Eingriffsfelder für eine neu und besser fundierte Gestaltung von Arbeit im Sinne der Stärkung der Arbeitsrationalität zu finden, haben zur Voraussetzung (1) eine systematische Auseinandersetzung mit dem Stand der Arbeitswissenschaften, (2) die Neubegründung eines interdisziplinären Zugriffs der Arbeitswissenschaften auf ihren Gegenstand – bei der man zum einen die Widerstände seitens etablierter Repräsentanten des alten „State of the Art“ gewärtigen muss und zum anderen die der eigenen Problemsicht entsprechende Position überzeugend entfalten muss.¹⁰ Beides gelingt den Autoren überzeugend. Autonomie als Hauptaspekt, Gruppenkooperation als Grundprinzip und Care¹¹ als neues übergeordnetes institutionelles Leitbild, sind hier wesentliche Kategorien (a.a.O. 110ff). Es muss an dieser Stelle genügen, das Fazit ihrer theoretischen Anstrengung festzuhalten, so wie sie es in der Einleitung und am Schluss ihres Buches formulieren. Dort (a. a. O. 16) heißt es:

„Übergeordnet geht es in arbeitswissenschaftlicher und arbeitspolitischer Perspektive darum, im Sinne der Aktionsforschung (1) die Einheit von Erklären

⁹ Mit Blick auf die verschiedenen Marxismen (vgl. Wolf 2012) mag man das so sagen können, mit Blick auf Marx selbst, der zu seiner Zeit freilich philosophisch nur auf Feuerbach, nicht aber auf eine entwickelte anthropologische Forschung zurückgreifen kann, ist dies allerdings in Zweifel zu ziehen.

¹⁰ Der Beitrag von Peter (2011) in der Zeitschrift für Arbeitswissenschaft und die Repliken darauf geben einen Eindruck davon, wie mühsam allein dieser Schritt gewesen sein muss.

¹¹ Der mit dem feministischen Diskurs verknüpfte Leitbild-Begriff Care/Sorge wird so „im Rahmen eines erweiterten übergreifenden Arbeitsbegriffs und der regulativen Ideen der Autonomie und subjektiven Normativität“ verwendet (a. a. O. 128). Man könnte hier einen Berührungspunkt zu der bei Hirsch diskutierten Forderung einer Annäherung männlicher an weibliche Lebensmuster sehen, den die Entwicklung von Formen „neuer Arbeit“ aus sich heraus hervor treibt.

und Verändern herbeizuführen.“ Sie ist der rote Faden der initiierten Prozesse. Hinzu kommt (2) „der Dialog, und zwar der Dialog mit denen, die bisher keine Sprache im Restrukturierungsgeschehen hatten, weil die Betroffenen ganz andere Perspektiven („Fluchtpunkte“) haben als die, die die Expertinnen und WissenschaftlerInnen mitbringen und sehen können. Schließlich (3) kommt als Kern im Sinne von Aktionsforschung die kollektive Selbstreflexion hinzu. Sie ist das zentrale Gütekriterium zukünftiger gemeinsamer Anstrengungen.“

Aus Sicht der Autoren stehen dieser Erkenntnisse seit Jahrzehnten zur Verfügung, harren aber immer noch einer breiten arbeitswissenschaftlichen und arbeitspolitischen Anerkennung. Diese Feststellung wird man wohl als Hinweis auf eine noch immer ungebrochene Kraft der „Gewalt des Zusammenhangs“ (Negt/Kluge 1981) herrschender, also auch politisch befestigter, ökonomischer Rationalität lesen müssen.

3. Überwindung der Arbeitsgesellschaft: regulative Idee oder allen Ernstes tagespolitischer Programmpunkt?

Die von Michael Hirsch (2016) vorgelegte „politische Philosophie der Arbeit“ lässt sich gleichermaßen als ein Lösungsvorschlag angesichts der „dunkle Problemwolke“ lesen, von der Zinn spricht. Sie teilt mit der Untersuchung von Georg/Peter die Fokussierung auf Arbeit, und sie weist auch einige gemeinsame philosophische Rückbezüge, etwa auf Hegel und Marx, auf. Gleichwohl kommt Hirsch zu einer gänzlich anderen Problemdiagnose, und folgerichtig orientiert er dann auch auf ganz andere Lösungsvorschläge.

Ausgangspunkt für Hirschs Analyse ist die Feststellung, dass die Menschen heute - angesichts der erreichten gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und der zugleich fortschreitenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und Spaltung der Gesellschaft - ohne Erwerbsarbeit „tendenziell (...) zu bloßen Objekten staatlicher Sozialpolitik“ und damit „auf eine systematische Weise zu *Ungleichen*“ werden (Hirsch 2016, 20, Hervorhebung im Original). Der Politik wirft er in solcher Lage, anknüpfend an Pierre Bourdieus Kritik staatlicher Politik, vor, die herrschende Problemdefinition eines Mangels an Arbeit stetig neu gesellschaftlich durchzusetzen. Der „gegenwärtige ‚aktivierende Staat‘“ sei

„zugleich der Motor und das Resultat einer Änderung in der *politischen und kulturellen Definition der Realität*: in der Bestimmung und Definition der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme sowie der Aufgabe des Staates selbst bei der Bearbeitung dieser Probleme“ (a. a. O. 26, Hervorhebung im Original).

Gegen diese Problemdefinition eines Mangels an Arbeit – und die darauf zeitweilig gegebene, höchst problematische Antwort, jede Arbeit sei besser als keine - wirft er

also die radikale Frage danach auf, ob es heute nicht um eine „Überwindung der Arbeitsgesellschaft“ gehen müsste.¹²

Radikal an die Marxschen Überlegungen in den „Grundrissen“ zur „Aufhebung des Gegensatzes zwischen freier Zeit und Arbeitszeit“ (a. a. O. 599f) anknüpfend, stellt Hirsch so die Frage nach der „Überwindung der Arbeitsgesellschaft“. Ihm zufolge kommt in einer Zeit, in der das Erlahmen der Akkumulationsdynamik bei weiter fortschreitender Arbeitsproduktivität und sinkendem Volumen gesellschaftlich notwendiger Arbeit kennzeichnend werden, „alles darauf an, wie das zeitgenössische Problem der Arbeit definiert wird: als ein ‚Mangel an Beschäftigung‘ oder aber als freiheitliche Möglichkeit der Überschreitung des Horizonts der Arbeitsgesellschaft und ihrer Idee von Vollbeschäftigung (a. a. O. 26)“. Und jenseits dieses Horizonts, innerhalb dessen „der Haupteffekt der Arbeitspflicht in der Zerstörung freier Zeit liegt“ (a. a. O. 241), geht es Hirsch dann um Marx' Gedanken der freien Entwicklung der Individualitäten und „in dieser Hinsicht begreift er sich selbst, wie auch Adorno, auf den er sich in diesem Punkt bezieht, als „orthodoxen Neo-Marxisten“ (a. a. O. 242):

„Nicht in seiner politischen Theorie ist Marx für uns richtungsweisend, sondern in der Benennung emanzipatorischer Potentiale und positiver Utopien der gesellschaftlichen Entwicklung. Das fortschrittliche Ziel einer Überwindung der Arbeitsgesellschaft ist die „freie Entwicklung der Individualitäten“ (a. a. O. 250), laute seine These¹³

Hirschs Beitrag zu einer „politischen Philosophie der Arbeit“ ist hier durchaus erhellend. Das gilt zum einen deshalb, weil er den Blick für die in den vierzig Jahren des neoliberalen Rollbacks immens gesteigerte, nämlich gemessen am BIP verdoppelte, gesellschaftliche Reichtumsproduktion schärft, die als Basis einer „emanzipatorischen Alternative“ im Rahmen des „neoliberalen Einheitsdenkens“ (Glawe u.a. 2006, 279) gewöhnlich schlicht ausgeblendet wird. Das gilt zum anderen aber vor allem

¹² Man kann hier leicht sehen, dass Georg/Peter und auch Hirsch die entbetteten Märkte und die zunehmende Relativierung (Castel) der praktischen Rationalität der lebendigen Arbeit als einen gemeinsamen Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen haben. Während jedoch Georg/Peter dagegen ihren Fokus so sehr auf die Stärkung der (relativen) Autonomie der Arbeitenden in der Sphäre der Erwerbsarbeit legen, dass sie – zumal vor dem Hintergrund der These, dass Welt Arbeit sei - Chancen auf mehr Erwerbsarbeitsfreie Zeit gänzlich außer Acht lassen, hebt Hirsch ausschließlich auf eben diese Chancen ab. Fragen einer anderen Gestaltung der in jedem Fall verbleibenden Sphäre notwendiger (Erwerbs)Arbeit interessieren ihn nicht.

¹³ „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren stört, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt“ heißt es in den Grundrissen (Marx 1939 und 41, S. 593) Und dann später: „Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt, und als dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozess. Es ist diese zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert“ (a. a. O. 599f).

auch dort, wo er – mit Bezugnahmen auf Bourdieu oder auch Foucault - klar macht, dass die bis heute herrschende Problemdefinition eines „Mangels an Arbeit“ Ergebnis einer „politisch-kulturellen Definition der Realität ist“, die man angesichts der weit fortgeschrittenen gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in Zweifel ziehen sollte. Hirsch spitzt seine Argumentation dann zu auf die „Überwindung der Arbeitsgesellschaft“ und eine „Utopie freier Arbeit“, in der „Flexibilität ein Freiheitsrecht der Einzelnen wird, statt wie heute ein Herrschaftsrecht der Wirtschaft zu sein“ (A. a. O. 246). Seine Argumentation wird damit kritisch und utopisch. Wichtige Referenzautoren sind zunächst Andre Gorz mit seinen einschlägigen Arbeiten von 1990 und 2000 sowie weitere Protagonisten der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. In den folgenden Ausführungen zur „Aufhebung von Gender als Strukturprinzip der sozialen Organisation“ von Arbeit wird Hirschs Kritik des „androzentrischen Primats der Erwerbsarbeit dann allerdings konkreter. Seine vor allem an Nancy Frazer (2001) anknüpfende Argumentation, der zufolge, die Durchsetzung der Forderung „gleichen Zugangs aller Menschen (Männer wie Frauen) sowohl zu Betreuungsarbeit als auch zu qualifizierter Erwerbsarbeit“ (a. a. O. 167) führt ihn dazu, die Frage nach Gleichberechtigung der Geschlechter „in erster Linie als ‘Männerfrage‘“ zu definieren (a. a. o. 169)¹⁴: So wird sichtbar, dass Marx „eine eher androzentrische Version der Befreiung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit vertreten“ hat (a. a. O. 178). Aber wie man an dieser zuletzt zitierten Formulierung sieht, spitzt sich die Argumentation dann wieder auf die Befreiung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit als „Bruch mit der Doxa des heutigen Staates der Arbeitsbeschaffung“ zu. Die Konsequenzen eines Rechts auf Arbeit, geschweige denn für die Veränderung/Gestaltung qualifizierter Erwerbsarbeit kommen nicht in den Blick.

Im Zuge seiner Argumentation streift er so zuvor auch nur ganz kurz (a. a. O. 118) die gewerkschaftlichen Kämpfe um eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und konzentriert sich dann ganz auf das allgemeine bedingungslose Grundeinkommen. Das begreift er „zunächst einmal als eine regulative demokratietheoretische und soziale Idee“ (a. a. O. 100), und er bezieht sich dabei u.a. zustimmend auf Autoren wie etwa Daniel Kreutz (2009), der aber in der Debatte darüber gerade betont hat, dass es kaum zu rechtfertigen sei, „die Diskussion über eine solche Idee in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken zu wollen“ (a. a. O. 171).¹⁵ Auf diese Debatte, in deren

¹⁴ „Die zentrale Alternative lautet daher heute: Entweder die männliche Lebensform, bleibt weiterhin das materiell und kulturell dominierenden Rollen- und Biografiemodell. Oder das weibliche Lebensmuster einer Verbindung von Betreuungs- und Erwerbsarbeit wird zur neuen gesellschaftlichen Norm für alle, wie Nancy Frazer fordert. Entweder die Gesellschaft fährt fort, die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeit und Leben weiterhin (politisch, juristisch, sozial, ökonomisch und kulturell) als ‚Frauenfrage‘ zu definieren. Oder sie definiert sie als eine Frage, die in erster Linie eine ‚Männerfrage‘ ist. Nicht alle weiblichen Lebensmuster müssen den männlichen angepasst, sondern die männlichen Lebensmuster den weiblichen angenähert werden. Von der Politik erfordert das, wie ausgeführt, zahlreiche institutionelle Reformen der Sozialstaats-, Arbeitszeit- Einkommens- und Qualifikationsregime“ (a. a. O. 1699).

¹⁵ Denn im Blick auf politisches Handeln komme es darauf an, „Akteure aus ganz unterschiedlichen Politiktraditionen, soziokulturellen Milieus und weltanschaulichen Richtungen“

Rahmen Kreuz einen „Vorschlag zur Güte“ für eine „neue soziale Mindestsicherung (...) auch für Erwerbstätige“ gemacht hat (a. a. O.172ff), geht Hirsch nicht näher ein. In ihr hatte Zinn (2009) das Bedingungslose Grundeinkommen als „Verharmlosung“ von Arbeitslosigkeit und Arbeit“ kritisiert und im Blick auf seine Finanzierbarkeit eine gewisse Realisierungschance nur für ein BGE von 350 € gesehen, also für

„die neofeudalistische Lösung, dass sich die Herrschenden von dem Problem, das durch die neue Prekarisierung aufgeworfen wird, durch Abschiebung der deprivierten Bevölkerungsteile ins soziale Ghetto zu entlasten versuchen“ (a. a. O. 142).

Hirschs Argumentation, in der er vor allem anknüpfend an Andre Gorz (1990 und 2000) und beziehend auf die „Grundrisse“ für eine Eingrenzung der ökonomischen Rationalität plädiert – und in diesem Sinne mit Gorz gegen Ulrich Becks (2007) Konzept der Bürgerarbeit argumentiert – ist, wie er selbst schreibt „kritisch und utopisch“ (a. a. O. 131). Danach ist nur an seinen Ausführungen zur Genderfrage zu sehen, dass er dem eigenen Anspruch auf Ausarbeitung von Ansätzen „für die Entwicklung von konkreten Gegenmodellen zur gegenwärtigen Form der Arbeitsgesellschaft“ im Sinne von „konkrete(n) Utopien“ (ebd.) gerecht wird. Im Schlusskapitel verbleibt er auf der Ebene philosophischer Überlegungen und fokussiert auf die Befreiung von Arbeit, wobei er seinen Blick auf die „fort-geschrittenen“ westlichen Gesellschaften richtet – und beschränkt. Bedenkt man, dass „etwa zwei Drittel der für die Reproduktion der konkreten Gesellschaften, nicht für die Akkumulation des Kapitals, gesellschaftlich notwendigen Arbeiten (...) weltweit auch heute noch nicht in Gestalt von abhängiger Arbeit oder überhaupt von Erwerbsarbeit verrichtet werden“ (Wolf 2009, 193), dann zeichnet Hirsch am Ende sein Bild des kommenden „Reiches der Freiheit“, das vielleicht doch ein wenig zu sehr davon träumt, sich schließlich gänzlich von dem „Reich der Notwendigkeit“ befreien zu können. Und Frieder O. Wolf weist völlig zu Recht darauf hin, dass es damit weithin gar nicht „um das Kapitalverhältnis, sondern um das Geschlechterverhältnis als prägende Bedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung“ geht (ebd.).¹⁶ „Die Radikalität des Anspruchs auf Veränderung“, so sein weiteres Argument, dürfe nicht dazu führen, „sich einfach in einem ‚großen Sprung‘ ganz woanders hin zu wünschen“ (ebd.). Bedenkt man hier weiter, dass dieses Argument von Wolf auf dem Höhepunkt der Grundsicherungsdebatte gegen Ende der ersten Dekade vorgetragen wurde, dass das Bedingungslose Grundeinkommen mit dem Bürgerstatus verknüpft ist und diese ohne hin schwierige Verknüpfung angesichts der jüngsten Entwicklung der Europa-Krise im Zeichen dra-

auf einer gemeinsamen programmatischen Plattform zu integrieren und dazu „von den Nöten des täglichen Lebens“ ausgehend „realitätstaugliche Perspektiven der Abhilfe“ zu entwickeln (a.a.O. 171f).

¹⁶ Den Androzentrismus der voll entfalteten Arbeitsgesellschaft der Moderne hat Hirsch, wie gezeigt, sehr wohl kritisch im Blick. Arbeit und Geschlecht, ebenso wie Arbeit und Umwelt sind Themen, die er ausführlich diskutiert (Hirsch 2016, 133ff) – aber am Ende geht es ihm um den „großen Sprung“ der Befreiung von Arbeit. Ihre grundlegend neue Organisation und gerechte Verteilung treten demgegenüber in den Hintergrund.

matischer Flüchtlingsströme neue Fragen aufwerfen dürfte, dann wird noch deutlicher, dass Hirsch sich im Kern auf der Ebene regulativer Ideen bewegt.

Hirsch folgt in seiner Argumentation, und dies wäre ein weiterer Einwand, einer Vorstellung von menschlicher Freiheit, die nicht nur die Sphäre der Erwerbsarbeit im Hinblick auf Stärkung der Autonomie der Arbeitenden und Demokratisierung ihrer Arbeit ausspart. Vielmehr bleibt mit der Fokussierung auf Marxens „Reich der Freiheit“ am Ende die (demokratische) Politik als Raum der Freiheit (Arendt) und der Menschen als „homo politicus“ außerhalb des Blickfeldes.¹⁷ Ganz Hegelisch denkt Hirsch mit Marx aus „naturwüchsigen“ Vergesellschaftungsformen heraus mit der Entstehung der Warenwirtschaft „eine totale Revolution und Entwicklung der materiellen Produktion“ (Marx 1939/41, 188). Erst mit der kapitalistischen Produktionsweise streifen demnach die Formen der Vergesellschaftung ihre Naturwüchsigkeit endgültig ab und münden hinsichtlich der Entfaltung der Totalität menschlicher Fähigkeiten, Bedürfnisse und Genüsse statt „irgend etwas Gewordenes zu bleiben“ in eine „absolute Bewegung des Werdens“, wie Marx in den Grundrissen formuliert hat. (Marx 1939/41, 387). „Alle gesellschaftlichen Verhältnisse stellen sich (nun) nicht länger als von der Natur bestimmt, sondern als von der Gesellschaft *gesetzt* dar“, wie Alfred Schmidt (1971, 188) dieses dialektische Gedankenmodell auf den Punkt gebracht hat.¹⁸ Und für Hirsch müsste es dann mit „Marx‘ Arbeitshumanismus“ darum gehen, „dass der Arbeiter durch die so gewonnene Freiheit verändert und, in seiner sozialen Rechtsposition gestärkt, ‚als dies andere Subjekt‘ (Marx) in den Produktionsprozess zurückkehrt“ (a. a. O. 130f). Diese Rückkehr aber bleibt bei seiner Fokussierung auf das bedingungslose Grundeinkommen ausgesprochen vage und die Frage einer demokratischen Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft stellt sich für ihn nicht.

Auch der Freiheitsbegriff wäre an dieser Stelle diskussionsbedürftig. Andreas Peter (2009, 108f)) hat z. B. zu Recht darauf hingewiesen, dass die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens Verfechter eines liberalen Freiheitsbegriffs sind, was paradoxer Weise dazu führt, dass sie ihr Konzept mit der Möglichkeit der „positiven Teilnahme am politischen Gemeinwesen“ begründen, von ihrem Freiheitsverständnis her jedoch keinerlei objektiven Grund für eine solche Teilnahme anführen können.¹⁹ Dieses Problem hat meines Erachtens auch Hirsch, der sich explizit auf die „Klassi-

¹⁷ Nach meiner kritischen Anknüpfung an Arendts Marx-Kritik (vgl. Martens 2013) muss mir diese hegelmарxistische Perspektive Probleme bereiten.

¹⁸ Ganz Hegelianisch gedacht vollzieht sich dabei auf der Subjektseite die Reduktion des Arbeiters darauf, nur noch als Tauschwert Produzierender zu existieren. Und „diese ‚absolute Armut‘, die ‚sich auf sich beziehende Negativität‘, (wird so) die Vorbedingung für die universelle Entfaltung der menschlichen Anlagen und Bedürfnisse.“ (Schmidt 1972, 189). Bei Hirsch wird nicht systematisch diskutiert, ob hier noch das Marxsche revolutionäre Subjekt mitgedacht wird, aber in dem Gedankenkonstrukt der von Marx verwendeten idealistischen Dialektik Hegels bleibt es enthalten.

¹⁹ Oder anders formuliert: Die Rückkehr in oder die Rückbindung dieses „anderen Subjekts“ an den Produktionsprozess bleibt diffus – und damit auch, was „extreme Individuation als Platzhalter von Menschheit“ (Hirsch 2016,244) heißen soll.

ker Yannik Vanderborght und Phillipe van Parijs“ bezieht (Hirsch 2016, 99). Georg/Peter (2016, 114) hingegen sprechen sich, entsprechend ihrer subjektphilosophischen Grundposition, für eine „Lesart eines positiven Freiheitsbegriffs aus, (...) welche mit einer bestimmten Form der Selbsterkenntnis und Selbstverwirklichung einhergeht und von ihnen in Anlehnung an Hermann Schmitz (2007) mit Verantwortung und Fähigkeit zu eigener Initiative verknüpft wird (Georg/Peter 2016, 79ff). Von beiden schließlich unterscheidet sich der positive Freiheitsbegriff bei Arendt, der nicht nur darin besteht, nicht beherrscht zu werden oder zu herrschen, sondern darin, im Raum der Politik als dem Raum, der Freiheit als denkende und handelnde Wesen agieren zu können.²⁰ Mein vorläufiger Vorschlag wäre an dieser Stelle Freiheit als relative Autonomie auf Basis von Selbsterkenntnis, Selbstverwirklichung und Selbstbegrenzung in Verantwortung zu verstehen, die wir als gesellschaftliche Individuen – nicht nur weil immer gesellschaftlich, also sozial konstituiert, sondern dazu auf einer „geteilten Intentionalität“ (Tomasello 2011) aufbauend²¹ - sicherlich auch in der Sphäre notwendiger Arbeit realisieren sollten, die aber vor allem im Raum der Politik entfaltet und gelebt werden muss, dem allerdings auch die heteronome Sphäre von Arbeit und Wirtschaft unmittelbar zugänglich ist.²²

So erhellend Hirschs Argumentation „gegen die herrschende Definition von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit als ein (*ausschließliches* H. M.) Problem der (Steigerung der Beschäftigung“ ist,²³ so sehr ist sie doch in der Kontinuität eines hegelmарxistischen Denkens einseitig und abstrakt. In der Folge dieses theoretischen Zugriffs wird das bedingungslose Grundeinkommen zum „Königsweg“ erklärt. Das erscheint fragwürdig angesichts von multiplen Krisenentwicklungen, angesichts derer schon in früheren Debatten (vgl. Neuendorff u.a. 2009) mit guten Gründen argumentiert worden ist, dass „bedingungsloses Grundeinkommen und Vollbeschäftigung keine Alternative sind“ (Wolf 2009, 188ff). Nun spricht Hirsch zwar von Grundeinkommen und allgemeiner Arbeitszeitverkürzung (a. a. O. 97ff); aber er konzentriert sich dann fast

²⁰ Wie sich zu diesen Positionen der Marxsche Freiheitsbegriff verhält, ob er etwa dort, wo Marx vom „Reich der Freiheit“ spricht, mehr als ein negativer Freiheitsbegriff ist, der Freiheit vom Arbeitszwang meint und insofern immerhin über Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit hinausgeht, wäre zu prüfen. Jedenfalls scheint mir die Formulierung in der „Deutschen Ideologie (Marx/Engels 1969, 74), der zufolge „erst in der Gemeinschaft die persönliche Freiheit möglich“ werde, zwar auf die gesellschaftlich konstituierte Individualität zu verweisen aber kaum auf Arendts politischen Freiheitsbegriff.

²¹ Vgl. zu meiner Auseinandersetzung mit den philosophischen und soziologischen Implikationen von Michael Tomasellos Untersuchung menschlichen Spracherwerbs Martens (2014a).

²² „Das Politische“, so Arendt (1993, 39) ist also um die Freiheit zentriert, wobei Freiheit negativ als Nicht-.beherrscht-Werden und Nicht-Herrschen verstanden wird und positiv als ein nur von Vielen zu erstellender Raum, in welchem jeder sich unter seinesgleichen bewegt.“

²³ Andre Gorz hat, wie Hirsch (a. a. O., 27) zitiert, dagegen in den Debatten der 1980er Jahre zu Recht darauf hingewiesen, dass die Folge einer solchen einseitigen Orientierung eine „ziemlich unglückliche Allianz mit dem Kapital (wäre), das den Wunsch hat, alle menschlichen Beziehungen zu Warenbeziehungen zu machen Profit abwerfen – auch die Fürsorge für den Mitmenschen“.

ausschließlich auf ersteres. Zugleich ist der emphatische Bezug auf die Marxsche Idee der „freien Entwicklung der Individualitäten“ in einem Reich der Freiheit ein sehr sehr „großer Sprung“²⁴ – und der Freiheitsbegriff, von dem man sich dabei leiten lassen will, ist, wie angedeutet, jedenfalls Diskussionsbedürftig. In einer Lage, in der es darum ginge, wenigstens erste Schritte zu machen, um Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise mit der ihr gemäßen „Ordnung der Dinge“ zunächst zu verändern und schließlich vielleicht doch zu überwinden, erscheinen Hirschs Überlegungen zu einseitig und zu abstrakt. Das „Reich der Notwendigkeit“ wird man schwerlich so leicht hinter sich lassen können wie er suggeriert. Seine politische Gestaltung bleibt also eine zentrale Aufgabe. Und schließlich ist dieser gedankliche Entwurf im Blick auf die Menschen als „Befehlshaber der Naturkräfte“ (vgl. Fußnote 11) im Licht der Arendtschen Kritik wohl zu einfach – und umgekehrt ist Hirschs Kritik an Hannah Arendts vorgeblich „fatalistische, die Möglichkeit der Freiheit verneinende Antwort“ auf die Krise der Arbeitsgesellschaft (a. a. O. 12) nicht zu halten.²⁵ Hinzu kommt, dass man bei Marx, entgegen der Argumentation von Hirsch, wohl eher nicht von einer ausgearbeiteten „politischen Theorie“ sprechen kann.²⁶

Zusammenfassend bleibt also festzuhalten: Hirschs Akzentsetzung auf eine bis heute herrschende Problemdefinition eines „Mangels an Arbeit“ als Ergebnis einer „politisch-kulturellen Definition der Realität“, die angesichts der weit fortgeschrittenen gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in Zweifel zu ziehen ist, erweist sich als höchst anregend, gerade auch dann, wenn es darum geht die Refeudalisierungstendenzen des Kapitalismus am Ende seiner industriellen Akkumulationsdynamik zu kritisieren. Man wird jedoch für die absehbare Zukunft - zumal im Blick über die „fortgeschrittenen“ westlichen Gesellschaften hinaus - nicht von so etwas wie einer abso-

²⁴ Das ist Hirsch sicherlich auch sehr bewusst, wenn er im Schlusskapitel (a. a. O: 244) mit Verweis auf Adorno und im Blick auf u. a. künstlerische Tätigkeit betont, dass „extreme Individuation Platzhalter von Menschheit“ sei.

²⁵ Mit ihrer Forderung, „die Menschen zu handelnden Wesen zu machen“ macht sie im Gegenteil deren Freiheit zum Fokus ihrer politischen Theorie. Und auch wenn man ihre Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen, Handeln im Sinne nicht analytischer Unterscheidungen sondern systematischer Realtrennungen kritisieren wird, bleibt für sie doch die kritische Haltung zum „Triumph des animal laborans“ und das Beharren auf der Möglichkeit des „Wunders der Politik“ wesentlich. Im Übrigen kann man mit Sibylle de La Rosa (2014) argumentieren, dass Arbeiten, Herstellen und Handeln bei Arendt auch als Formen von Praxis verstanden werden müssen, die in der Wirklichkeit überlappen und sich in historischer Perspektive erst zeitlich aufeinander folgend voll entfalten.

²⁶ Ich würde hier also der Arendtschen Kritik an Marx eher zustimmen, etwa dort, wo sie im Denktagebuch schreibt: „Aus dem Arbeitend-Tätigen wird ein Befehlshaber der Naturkräfte. Er wird frei und hat Freizeit – ohne Tätigkeit zu haben. Was eigentlich menschliche Tätigkeit nach Abschaffung der Arbeit sein solle (...), hat er nie gesagt.“ (Arendt 2003, 273) „Marx' grundsätzlicher Widerspruch: Arbeit schafft den Menschen – Arbeit versklavt den Menschen. Und beides wurde wahr: Die Maschinen machen soviel Zeit frei, dass alle Menschen von der Arbeit befreit sein könnten, wenn nicht alles zur Arbeit geworden wäre.“ (a. a. O. 276, Hervorhebung im Original.).

luten Freiheit von notwendiger (Erwerbs)arbeit ausgehen dürfen, die es gesellschaftlich ohnehin nicht geben kann – und zwar aus drei Gründen:

Gesellschaftlich notwendige Arbeit – in Form, von Erwerbsarbeit wie auch im Sinne des „Ganzen der Arbeit“ (Biesecker 2000), wird zum einen weiter zu verrichten sein – und kein Mitglied der Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, sich an ihr nicht zu beteiligen. Nichtteilnahme an Erwerbsarbeit ist allerdings denkbar, Der Preis dafür ist dann aber der Verzicht auf mehr als ein bedingungsloses Grundeinkommen, und das müsste dann, wenn es seinen Namen verdienen soll, mehr sein als ein „verallgemeinerter Kombilohn“, nämlich ein „als grundlegendes Menschenrecht formulierte(s) Recht auf Existenz“, wobei aber ein Recht auf Versorgung nicht gegen ein Recht auf Arbeit ausgespielt werden darf (Wolf 2009, 198).

Die Befreiung in der Arbeit – also in der Sphäre der Erwerbsarbeit, die es ja weiterhin geben wird - lässt sich zum zweiten nur denken, als relativ größere Freiheit durch die Stärkung der Kooperation als Grundlage ihrer gesellschaftlichen Verausgabung (Georg/Peter 2016). Hier ist Hirschs Hinweis auf die massiv gesteigerte Reichtumsproduktion zwar wichtig, weil damit auch auf die gesellschaftlich geschaffenen Voraussetzungen für Demokratisierungsprozesse verwiesen wird, die eben auch entsprechende Zeit aller ArbeitsbürgerInnen erfordern; aber das ist auch wieder nur eine relative Freiheit, denn es werden im Reich der Arbeit als einem Reich der Notwendigkeiten auch dann noch Zwänge bestehen, wenn die alte Steuerungslogik der Kapitalverwertung durchbrochen werden kann.

Und schließlich ist zu bedenken, dass die spezifisch menschliche Praxis, über die sich der besondere Weltbezug der Menschen entwickelt hat, der uns Menschen von allen Tieren unterscheidet, immer Arbeit eingeschlossen, über lange Zeiten der sozialen Evolution hinweg sogar im Leben der meisten vergesellschafteten Individuen in ganz überwiegenden Anteilen. Es geht also zunächst einmal um deren Reduzierung. Im Anschluss an meine Überlegungen Im Philosophischen Wörterbuch des Humanismus zum Stichwort Arbeit (Martens 2016b) würde ich argumentieren:

„Der moderne praktische Humanismus kann hier auf eine Vorwegnahme durch Herbert Marcuse verweisen (Marcuse 1933): Die menschliche Praxis umfasst mit Notwendigkeit immer auch die Arbeit am und im Gegenwärtigen durch umgestaltende ‚Aufhebung‘ der Vergangenheit in vorgreifender Sorge für die Zukunft; und sie wirft immer wieder auch Probleme ihrer humanen Gestaltung auf. Gemessen am beklagenswerten Zustand der Arbeitswirklichkeit – statt „Hightech Involvement“ der sogenannten modernen WissensarbeiterInnen (Brödner 2012; Carl 2012) – „Verwahrlosung“ auf Seiten des Managements wie der Beschäftigten (Haubl/Voß 2009) – gewinnt daher gegenwärtig die Forderung, „den Utopiegehalt von Arbeit einzuklagen“ (Negt 1984) eine wachsende Dringlichkeit“ (Martens 2016b).

4. Den Prozess politischer Subjektivierung stärker ins Zentrum der Analyse rücken

Wir haben hier also zwei theoretische Untersuchungen, die beide auf die Organisation und den Stellenwert gesellschaftlicher Arbeit als zentral erachteten Punkt abheben. Und beide Male geht es in hegelmарxistischer Tradition um die Entfaltung der lebendigen Arbeitsvermögen unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung. Einmal (Georg/Peter) richtet sich der Blick, u.a. im Anschluss an die Hegelsche Dialektik von Herr und Knecht, auf die Demokratisierung der Arbeit, die so zur Grundlage einer weitergehenden Demokratisierung auch der Wirtschaft werden soll. Die Entfaltung der Autonomie der Arbeitenden, die durch die Entwicklungstendenzen „neuer Arbeit gefördert und gefordert, im Epochenbruch aber zugleich ausgehöhlt wird, ist deren Grundlage. Das andere Mal (Hirsch) geht es darum, das zeitgenössische Problem der Arbeit nicht als einen ‚Mangel an Beschäftigung‘ zu definieren, sondern als freiheitliche Möglichkeit der Überschreitung des Horizonts der Arbeitsgesellschaft und ihrer Idee von Vollbeschäftigung. Hier geht es im Grunde überhaupt nicht mehr um Arbeitspolitik, sondern im Wege der „Aufhebung des Gegensatzes von Arbeitszeit und Freier Zeit“ (Marx) um die Durchsetzung einer neuen „Ordnung der Dinge“, die den aus Sicht des Autors überfälligen Schritt in Marxens Reich der Freiheit ermöglichen soll.

Die Frage danach, wie heute die multiplen gesellschaftlichen Krisenprozesse mit einem strategisch geleiteten Konzept transformatorischer Politik in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Niederungen der Ebene angegangen werden könnten, der gegenüber sich Georg/Peter als empirische Arbeitsforscher nachvollziehbarer Weise selbst begrenzen, taucht so bei Hirsch kaum auf. Nur im Zuge seiner Überlegungen zur „Aufhebung von Gender als Strukturprinzip der sozialen Organisation von Arbeit“, bei denen es dann auch eher um Fragen einer anderen gesellschaftlichen Verteilung und Bewertung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit als um die Befreiung von ihr geht, wird sie berührt. Bedeutsam, und weiter diskussionsbedürftig ist aber in beiden Fällen der Freiheitsbegriff. Hirsch spricht mit Marx von Freiheit als Freiheit von Erwerbsarbeitszeit und bewegt sich im Übrigen faktisch in der Nähe des liberalen Freiheitsbegriffs der Anhänger eines bedingungslosen Grundeinkommens. Georg/Peter verwenden, subjektphilosophisch fundiert einen Freiheitsbegriff, der an Autonomie als Kampfbegriff der Aufklärung anknüpft und gewissermaßen Freiheit von Herrschaft mit einem spezifischen Verständnis von Selbstbeherrschung und Verantwortung so verknüpft, dass er auf die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft gut angewendet werden kann. Wenn es aber um Demokratisierung dieser Sphäre gehen soll, impliziert dies, dass sie unmittelbar auch politischem Handeln zugänglich sein muss. Über die Politik als Raum der Freiheit wäre dann aber im Anschluss an Arendt nachzudenken – im Blick auf die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, wie auch im Blick auf Handlungsansätze im öffentlich-politischen Raum gegenüber postdemokratischen und neofeudalen Entwicklungstendenzen der Zeit.

Die jeweilige Fokussierung bei Georg/Peter und bei Hirsch erfolgt also aus unterschiedlichen Motiven und führt zu unterschiedlichen Resultaten: Im einen Fall bleibt der Hegelmарxistische Arbeitsbegriff ganz „diesseitig“ in einen „ewigen“ grundlegenden Konflikt zweier unterschiedlicher praktischer Rationalitäten eingebunden, die

einmal durch den ökonomischen Wert und zum anderen durch den der Kooperation bestimmt sind“. Über Arbeit unter den Zwängen einer, wie auch immer im Einzelnen ausgeprägten, Marktökonomie führen die Überlegungen nicht hinaus. Gesellschaftliche Praxis jenseits davon, sei es im Sinne der Marxschen Vorstellung eines „Reichs der Freiheit“, sei es im Sinne des Arendtschen Konzepts von einem Raum der Politik als Raum der Freiheit, liegt gewissermaßen jenseits des aufgespannten Rahmens. Und auch wenn gelegentlich, etwa unter Bezugnahme auf Castels „Regime des postindustriellen Kapitalismus“, die kapitalistische Formbestimmung von Arbeit anklingt, ist man doch versucht zu meinen, dass die letztendliche Fixierung auf Erwerbsarbeit – unbeschadet der Betonung „des Ganzen der Arbeit“ – in zu viel Luhmannsches, systemtheoretisch geprägtes Denken eingebettet ist. Das gesellschaftliche Teilsystem der Wirtschaft und dessen ökonomische Rationalität sind für Georg/Peter nicht nur immer unabweisbar gegeben; sie und eine andere Politik der Arbeit sind damit letztlich auch zentral für gesellschaftspolitische Veränderungen überhaupt. Und bei solcher Arbeitspolitik geht es dann um die praktische Rationalität der Kooperation und Demokratisierung von Arbeit. Hier entfaltet der Ansatz seine großen Stärken, aber weitergehende Perspektiven auf die multiplen gesellschaftlichen Krisenprozesse bleiben außer Anschlag. Im anderen Fall legt Hirsch den Fokus - nach einem thematischen Einstieg, in dem er mit Bourdieu die Bedeutung des politischen Prozesses für die Aufrechterhaltung und immer neue Befestigung der herrschenden „Ordnung der Dinge“ betont – auf die Frage nach der Möglichkeit und die unterstellte tagespolitische Herausforderung zur Aufhebung des Widerspruchs von Arbeitszeit und freier Zeit. Arbeitspolitik ist mithin kein Thema mehr. Mittels der hegelschen Dialektik wird stattdessen die große gesellschaftspolitische Synthese beschworen.

Im *ersten Fall* wird so eine, nicht zuletzt mit der Dialektik von Herr und Knecht hegelmarxistisch gedachte, Fundierung für eine Demokratisierung der Arbeit entfaltet. Dies geschieht allerdings insofern wiederum gegen Marx – jedenfalls den Marx der Grundrisse – als alle Fragen nach einer Überschreitung der kapitalistischen Formbestimmung gesellschaftlicher Arbeit ausgeblendet bleiben. Es geht um die Stärkung und Sicherung der Autonomie der Arbeitenden in der Sphäre von Wirtschaft und Erwerbsarbeit und in diesem Rahmen um eine Demokratisierung von Arbeit. Gegenüber Marxens Vorstellungen einer gesellschaftlichen Dialektik, die gewissermaßen die Hegelsche Dialektik von Herr und Knecht auf eine der immanenten Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft hin erweitert, bleibt das Konzept gewissermaßen gleichgültig. Und unbeschadet der Anknüpfung an einen weiten Arbeitsbegriff bleibt die Erwerbsarbeit im Fokus, und hier entfaltet und verspricht das Konzept zweifellos einen überzeugenden Zugriff auf seinen Gegenstand. Über einen politischen Prozess der Befreiung muss bei solcher Selbstbegrenzung des Denkens nicht weiter nachgedacht werden, und, das Arendt'sche „Wunder der Politik“ hat in diesen theoretischen Überlegungen keinen Platz.

Im *zweiten Fall* ist das Plädoyer für ein Bedingungsloses Grundeinkommen mit einer klaren Stoßrichtung gegen die noch bestehende industriekapitalistisch geprägte „Gewalt des Zusammenhangs“ (Negt/Kluge 1981) verknüpft – anders als in den De-

batten um das bedingungslose Grundeinkommen vor sieben acht Jahren (Neuendorff/Peter/Wolf 2009). Aber ein solcher „großer Sprung“ in hegelmарxistischer Denktradition – und mit Adorno als Kronzeugen für die dahinter stehende Utopie - ist am Ende im wesentlichen die neuerliche Akzentuierung einer „regulativen Idee“, die mit Marx – und somit im Denkmuster idealistischer Hegelscher Dialektik – die Befreiung von der Arbeit träumt. Kommt hinzu, dass sich angesichts der jüngsten Entwicklung der Krise der EU, also im Zeichen der Flüchtlingskrise, das schon in den Debatten gegen Ende der ersten Dekade unzureichend beantwortete Problem der Zuerkennung des Bürgerstatus, der das Recht auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen begründen muss, in verschärfter Weise stellt. Der Autor lässt sich so am Ende **auf die** Härten der neoliberalen Wirklichkeit und der sie durchsetzenden Politik – die er zu Beginn der Argumentation völlig zu Recht ins Zentrum der Kritik rückt – nicht ein. Die utopische Kritik der Gegenwart herrschaftlich organisierter Arbeit überspringt den Prozess politischer Befreiung – in der Arbeit und in Teilen auch von der Arbeit – und landet damit auch gedanklich bei einer Freiheit, die eher Freiheit von der Arbeit wie auch von der Politik sein soll.

In Bezug auf beide Untersuchungen wäre an dieser Stelle zu betonen: Zunächst einmal kann man aus ihnen sehr wohl lernen. Im einen Fall werden die Herausforderungen für eine u.a. auch arbeitswissenschaftlich neu fundierte Gestaltung von (Erwerbs)Arbeit und die neuen Potentiale ihrer demokratischen Gestaltung weiterführend und überzeugend analysiert. Im anderen Fall wird zu Recht auf die Notwendigkeit und Möglichkeit eines anderen Blicks auf unsere gesellschaftliche „Ordnung der Dinge“ - und damit eines anderen Menschenbildes, das wir uns von uns selbst machen könnten - verwiesen. Insofern kann man im Übrigen von beiden aus auch den Arendtschen Arbeitsbegriff kritisieren, und es zeigt sich, dass man hier Marx wie Arendt zusammen und weiter denken müsste (vgl. Martens 2014b und 2016b). Im Sinne der Arendtschen Marx-Kritik, an die man also auch anknüpfen sollte, käme es, wenn von Demokratisierung und von Freiheit geredet wird, gerade darauf an, die Politik als Raum der Freiheit zu begreifen, um mittels ihrer Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft politisch zu einem Raum von Freien und Gleichen zu machen. Auch dieses Arendtsche Ziel, die Menschen zu handelnden Wesen zu machen, ist eine utopische Kritik an der krisenhaften Wirklichkeit, in die uns das neoliberale Einheitsdenken der Zeit führt. Denn die Entfaltung von Demokratie als Lebensform durch die Schaffung eines politischen Raums, in dem alle BürgerInnen zu handelnden Wesen werden und der nicht nur den institutionell verfassten, und derzeit erodierenden Raum bürgerlicher politischer Öffentlichkeit umfasst sondern auch die, wesentlich immer noch privatrechtlich verfasste Sphäre von Arbeit und Wirtschaft, ist bis auf den Tag ortlos. Aber eine Kritik unserer postdemokratischen Verhältnisse, in denen Tendenzen einer Refeudalisierung immer weniger zu übersehen sind, führt zwingend dazu, eben den politischen Prozess der Befreiung konkretisierend zu denken und dazu die Ansätze in den Sphären von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft näher zu untersuchen, aus denen heraus ein solcher Prozess heute in Gang kommen kann. Die Subjektivierung von Arbeit ist hierfür in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft ein höchst bedeutsames Fundament, aber es bedarf eben auch eines darauf aufbauenden arbeitspolitischen

Prozesses, der über die Gestaltung und Demokratisierung von Arbeit wohl noch hinausweisen müsste. Aber eine regulative Idee, die die herrschende „Ordnung der Dinge“ in unserer Arbeitsgesellschaft hinter sich lassen und den „großen Sprung“ in ein Reich der Freiheit ermöglichen soll, darf das Nachdenken über **einen politischen Prozess in den Sphären von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft, in dem es fortschreitend darauf ankäme, dass alle ArbeitsbürgerInnen darin zu (politisch)handelnden Wesen werden und** der vielleicht immerhin kleine Schritte in eine solche Richtung ermöglichen könnte, nicht gleich mit überspringen.

Literatur

- Arendt, H. (1967): Vita activa, oder vom tätigen Leben, München
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hgg. von U. Ludz, München-Zürich
 - (2003): Denktagebuch (hgg. von U. Ludz und I. Nordmann), Zürich
- Autorengruppe Fb 4 sfs (o. J.) Präventive Arbeitsgestaltung unter Nutzung der §§ 90 und 91 BetrVG (Abschlussbericht der Konzeptionsphase), www.dofapp.de
- Beck, U. (2007): Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt am Main
- Biesecker, A. (2000): Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft. Umriss eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts, in: Berliner Debatte Initial, 4, S. 63-72
- Brödner, Peter (2012): „Wissensarbeit zwischen Autonomie und Burn-out“. [Thesenpapier zum FNPA-Workshop ‚Widersprüche von Wissensarbeit. Zwischen Autonomie & Burn-out‘]
http://www.fnpa.de/content/Workshops/2012/FNPA2012_WS_Broedner_Wissensarbeit.pdf,
- Carl, F. (2012): „Führungskrise an den Arbeitsplätzen?“. [Thesenpapier zum FNPA-Workshop ‚Widersprüche von Wissensarbeit. Zwischen Autonomie & Burn-out‘]
http://www.fnpa.de/content/Workshops/2012/FNPA2012_WS_Text_Carl_Fuehrungskrise.pdf
- Castel, R. (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg
- De La Rosa, S. (2014): Hannah Arendt im Spannungsfeld zwischen Säkularisierung und Sakralisierung, in: Leviathan Jg. 42, 2/2014, S. 147-190
- Elias, N. (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt am Main
- Frazer, N. (2001): Die halbierte Gerechtigkeit., Schlüsselbegriffe des postindustriellen Wohlfahrtsstaats, Frankfurt am Main
- Frey, M. (2009): Autonomie und Aneignung in der Arbeit, München
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Georg, A.; Peter, G. (2009): Grenzkonflikte in Arbeitssituationen. Methodisch-konzeptionelle Überlegungen einer neuen Arbeits- und Gesundheitsforschung, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn und A. Peter) (2016a): Selbstwertgefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen. Hamburg
- Georg, A.; Peter, G., (2016b): Selbstwertgefühl und Arbeit 4.0. Wie man bei einer neuen Humanisierungslogik ansetzen sollte, in: Sozialismus, Heft 5, 2016, S. 47-52
- Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, Scholöz, D.; G.; Wolf, F.O., (2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de, veröffentlicht in Scholz., D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-

- Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Münster S. 272-299
- Gorz, A. (1990): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg
- (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- (1968): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt am Main
 - (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, 525-538
- Haubl, Rolf/Voß, G. Günter (2009): „Psychosoziale Kosten turbulenter Veränderungen. Arbeit und Leben in Organisationen“. In: Positionen. Beiträge zur Beratung in der Arbeitswelt 1, S. 2-8.
- Hirsch, M. (2016): Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit, Wiesbaden
- Jaeggi, R.; Kübler, L. (2014): „Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses“. In: WSI-Mitteilungen 7, S. 521-527.
- Kreutz, D. (2009): Fünf Spaltpilze für solidarische Politik und ein Vorschlag zur Güte, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, S. 162-176
- Marcuse, H. (1933): „Über die philosophischen Grundlagen des wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsbegriffs“. In: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik 69, S. 257-292.
- Martens, H. (2013) Hannah Arendt und der politische Humanismus, Vortrag für das Kolloquium „Probleme und Aufgaben der Humanismusforschung“, FU-Berlin, 15.01. 2013, www.drhelmutmartens.de
- (2014a): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? - Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Tomasellos Konzept der geteilten Intentionalität, www.drhelmutmartens.de
 - (2014b): Arbeit, Politik, Arbeitsgestaltung, Arbeitspolitik. Philosophische und einzelwissenschaftliche Zugänge angesichts der Herausforderungen „Neuer Arbeit“ in Zeiten krisenhafter epochaler Umbrüche
 - (2016a); Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik - Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus
 - (2016): „Arbeit“, Beitrag im Philosophischen Wörterbuch des Humanismus, In:
- Marx, K., (1939/1941): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau, Fotomechanischer Nachdruck o. J. Frankfurt/Wien
- Marx, K.; Engels, F. (1969): Die Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, Berlin
- Mayer-Drawe, K. (2000): Illusionen von Autonomie. Diesseits der Ohnmacht und Allmacht des Ichs, München
- Neckel, S. (2010): Refeudalisierung der Ökonomie. Zur Strukturierung der kapitalistischen Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, 2010
- 2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Negt, O. (1984): Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. Frankfurt am Main.
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F.- O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Modell im Widerstreit, Hamburg,
- Peter, G. (2009): Für eine demokratische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft, in: ders. (Hg.) Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg
- (2012): Primäre Arbeitspolitik und kooperative Arbeitswissenschaften – Erfahrungen und Perspektiven, in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) a. a. O. S. 111-128
 - Peter, G.; Wolf, F. O. unter Mitarbeit von Pia Paust-Lassen und Andreas Peter) (2008): Welt ist Arbeit. Im Kampf um eine neue Ordnung, Münster

- Randers, J. (2012): 2052 – Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, München
- Sichler, R. (2005): Autonomie im Kontext der Entgrenzung von Arbeit und Lebensführung. Entwurf einer sozialphilosophisch begründeten Perspektive, Journal für Psychologie, Heft ½ 2005, S. 104-126
- (2006): Autonomie in der Arbeitswelt, Göttingen
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, A. (1971/65): Zum Verhältnis von Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus, in: ders.: Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx, überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuauflage, Frankfurt 1971
- Schmitz, H. (2007): Freiheit, Freiburg-München
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Münster
- Tomasello, M. (1999): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Berlin
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Wolf, F. O. (2009b): Warum Bedingungsloses Grundeinkommen und Vollbeschäftigung keine Alternative sind, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F.- O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Modell im Widerstreit, Hamburg, S. 188-198
- (2012): Was braucht marxistisches Denken heute, um als ‚Theorie‘ existieren zu können?, in: ders.: Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen, Münster, S. 126-146
- Zinn, K. G. (2009): Das Bedingungslose Grundeinkommen – eine ‚Verharmlosung‘ von Arbeitslosigkeit und Arbeit, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, S. 135-144
- (2015b): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg